

ÖFFENTLICHES RECHT

Eingriffsrecht im Polizeidienst

Band II – Hauptstudium

(einschließlich der studiengangorientierten Grundzüge des Waffen- und Versammlungsrechts, des Ausländer-, Jugendschutz- und Gewerberechts sowie der grenzüberschreitenden Polizeiarbeit)

**Fachbuch mit Fallbeispielen - erläutert für Theorie und Praxis
(orientiert am Bachelorstudiengang des Polizeivollzugsdienstes NRW)**

15. vollständig überarbeitete Auflage

**des auf das Curriculum des Bachelorstudienganges abgestellten,
ursprünglich von Wolfgang Kay und Reinhold Böcking begründeten,
von der 3. - 9. Auflage von Wolfgang Kay bearbeiteten Werkes**

von Thomas Osterlitz

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2018 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten.

Die Vervielfältigung, insbesondere das Nachdrucken oder Fotokopieren, ist nach Urheberrechtsgesetz nicht gestattet - auch nicht für Unterrichtszwecke - und strafbar (§ 106 UrhG: "... mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe ...").

Dies gilt sowohl für Studierende als auch für Lehrende. Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Vorwort zur 15. Auflage

Mit der 11. Auflage vom August 2014 wurden die beiden Bände des Lehrbuchs dem Bachelorstudiengang des Polizeivollzugsdienstes NRW an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen angepasst, um damit den Studierenden ein exakt auf das Studium abgestelltes Werk anzubieten. Mit der 15. Auflage erfolgt eine vollständige Überarbeitung der Inhalte der 14. aktualisierten Auflage, die insbesondere durch weitere Änderungen der Strafprozessordnung, aber auch deshalb notwendig geworden ist, weil Änderungen im Curriculum des Studienganges Bachelor Polizei NRW zu berücksichtigen waren. Das Buch eignet sich in besonderem Maße sowohl für die Vor- und Nachbereitung vermittelter Inhalte als auch zur Vorbereitung auf die unterschiedlichen Formen der Modulprüfungen.

Ursprüngliche Inhalte des Buches sind ebenfalls am Ende des Bandes II erhalten geblieben.

Zu diesem Lehrbuch

Es soll eine Hilfe sein – aber wobei?

Soweit Sie sich für den Studiengang Bachelor Polizeivollzugsdienst erfolgreich qualifiziert haben, bekommen Sie dieses Lehrbuch möglicherweise zu einem Zeitpunkt in die Hand, zu dem Sie noch wenig Orientierung in Ihrem Studiengang gefunden haben.

Sie wissen, was Sie möchten: Sie möchten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des Landes Nordrhein-Westfalen werden und Sie wissen, dass Sie dafür diesen Studiengang mit dem Abschluss Bachelor nach drei Jahren benötigen. Sie haben erfahren, dass sich der Studiengang in mehrere Theorieabschnitte gliedert, die immer wieder durch Aufenthalte im Training und in der Praxis ergänzt werden – eben ein ganz besonderer dualer Studiengang.

Ihr erster Eindruck mag geprägt sein von einer Fülle an Informationen durch Ihre Ausbildungsbehörden, aber auch durch die Lehrenden an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, die Sie mit den dem Grundstudium zuzurechnenden Fachlichkeiten konfrontiert haben oder konfrontieren. Sie haben erfahren, dass Sie Prüfungen unterschiedlichster Art in einem vorgegebenen Zeitrahmen abzulegen haben. Vielleicht haben Sie mit Sorge festgestellt, dass es im Falle des Scheiterns grundsätzlich nur eine Möglichkeit der Wiederholung gibt.

In diesem Rahmen präsentieren sich Ihnen die Fächer Staatsrecht und Eingriffsrecht in einem Modul. „Modul“ bedeutet für Sie immer zum Abschluss eine Form von Leistungsnachweis. Hier handelt es sich um das Modul GS 2, also ein Modul des Grundstudiums, das derzeit durch eine Klausur am Ende des Grundstudiums abgeschlossen wird. Dabei werden Sie – wie auch in Modulen mit weiteren Rechtsfächern – aufgefordert werden, Ihre Kenntnisse in einem zu erstellenden Gutachten zu einer in einem Sachverhalt beschriebenen Situation darzulegen. Ein wesentlicher Teil Ihrer Arbeit im Fach Eingriffsrecht wird dadurch bestimmt sein, dass Sie Normen kennenlernen, sachverhaltsbezogen analysieren und gutachterlich prüfen.

Um Ihnen den Zugang dazu zu erleichtern und Sie letztlich bezogen auf die Prüfungen anwendungssicher, vor allem aber bezogen auf die praktische Polizeiarbeit handlungssicher zu machen, wurde dieses Lehrbuch geschrieben.

Zur besseren Nachvollziehbarkeit orientiert sich das zweibändige Lehrbuch dabei inhaltlich an dem aktuellen Curriculum des Studienganges Bachelor PVD NRW. Der erste Band umfasst das Grundstudium, der zweite Band die drei Hauptstudienzeiträume.

Die Bände enthalten darüber hinaus in den Anhängen Ausführungen zum von Ihnen erwarteten Gutachtenstil sowie Musterlösungen zu Sachverhalten.

Die Lehrbücher gewährleisten, dass Studierenden und in der Praxis Tätigen aktuelle Literatur an die Hand gegeben wird, die ihnen den Einstieg in das Eingriffs- und Verwaltungsrecht, die Vertiefung der Rechtskenntnisse und die Anwendung des Rechts erleichtert. Beispiele aus dem polizeilichen Alltag gewährleisten, dass insbesondere die Studierenden schnell die notwendigen Rechtskenntnisse erwerben und einen sachgerechten Umgang mit gesetzlichen Bestimmungen erlernen.

Dabei verzichtet das Lehrbuch zwar nicht mehr auf die Modulstruktur des Bachelorstudienganges des Polizeivollzugsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen, gleichwohl bleibt die Nutzung der Inhalte auch außerhalb der Landesgrenzen weiterhin möglich. Der Praktiker erhält mit den Lehrbüchern auch in der neuen Struktur die Möglichkeit zur Aktualisierung und Vertiefung des vorhandenen Wissens und zur Klärung von Zweifelsfragen. Das wird auch dadurch gewährleistet, dass Band II, der sich inhaltlich grundsätzlich auf den Zeitraum des Hauptstudiums des Bachelorstudienganges Polizeivollzugsdienst bezieht, einen Anhang mit darüber hinausgehenden Befugnisnormen enthält.

Auf ein korrektes Gendern wurde im Interesse der Lesbarkeit der Texte verzichtet.

Herrn Wolfgang Kay, seit der 3. Auflage allein verantwortlicher Herausgeber der bisherigen Auflagen, gebührt Dank für die mir gegebene Möglichkeit, dieses etablierte Lehrbuch fortsetzen zu dürfen. Für Rückmeldungen zur 15. Auflage über den Verlag, insbesondere hinsichtlich der Aufdeckung redaktioneller Nachlässigkeiten, wäre ich dankbar.

Herdecke, im Juni 2018
Thomas Osterlitz

Vorwort zur 1. Auflage

Gesetz und Recht bestimmen das Leben der Menschen in der Gemeinschaft und gewährleisten öffentliche Sicherheit. Polizeiliche Arbeit ist überwiegend Rechtsanwendung. Rechtsanwendung ist ein Prozess, in dem ein konkreter Lebenssachverhalt mit dem gültigen Recht abgeglichen und entschieden wird. Die Anforderungen an den Polizeibeamten sind entsprechend der unterschiedlichsten Problem- und Interessenlagen hoch. Viele Geschehnisse erfordern Kenntnisse auf mehreren Rechtsgebieten zugleich. Das erschwert die Rechtsfindung.

Die Verfasser haben es sich darum zur Aufgabe gemacht, das Eingriffsrecht der Polizei orientiert an vielen praktischen Problemlagen umfassend darzustellen und insbesondere auch die Beziehungen der einzelnen Rechtsgebiete zueinander aufzuzeigen. Zugeschnitten ist das Buch auf den praktischen Polizeidienst und hier insbesondere auf die örtliche Fortbildung der Behörden. Es soll aber auch eine wesentliche Hilfe für den sein, der in der Praxis Rechtsgutachten zu verfassen hat. Ganz besonders berücksichtigt wurden die Bedürfnisse der Studenten an den Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen - Fachbereich Polizei. Darum wurde das Buch nach dem Curriculum für die Studienabschnitte 1 und 2 gegliedert. Aber auch Studenten der Rechtswissenschaften an den Universitäten sollte das Buch eine große Hilfe sein, weil sich jede Rechtslage am wirklichen Leben orientiert. Das Werk endet mit den Befugnissen zur Datenerhebung. In einem zweiten Band, der im nächsten Jahr erscheinen kann, werden die Standardbefugnisse der Polizei und die Zwangsbefugnisse erläutert.

Kreuztal, im September 1996
Wolfgang Kay / Reinhold Böcking

Zum Verfasser

Thomas Osterlitz,

Jahrgang 1960, trat 1978 nach Erlangung der allgemeinen Hochschulreife in den mittleren Polizeivollzugsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Nach Ablegen der I. Fachprüfung (mittlerer Dienst) im Jahr 1980 versah er Einzeldienst beim PP Düsseldorf und PP Dortmund. Von 1982 bis 1985 studierte er an der FHöV NRW in Dortmund, legte dort seine II. Fachprüfung (gehobener Dienst) ab und erwarb den Grad des Diplomverwaltungswirtes. Anschließend war er Dienstgruppenleiter beim PP Bochum, Sachbearbeiter im „Polizeidezernat“ der BR Arnsberg und Fachlehrer in Selm. Von 1991 bis 1993 studierte er an der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup und beendete diese mit der III. Fachprüfung (höherer Dienst). Von 1993 bis 1996 war er Ausbildungsleiter und Leiter Abteilungsstab der Bereitschaftspolizeiabteilungen VII (Stukenbrock) und III (Wuppertal). Von 1996 bis 2000 leitete er die Polizeiinspektion Ost beim PP Bochum. In den Jahren 2000 bis 2003 nahm er die Funktion eines Abteilungsleiters der Bereitschaftspolizei des Landes NRW beim PP Wuppertal wahr. Ende 2003 wechselte er an die FHöV NRW nach Dortmund und ist dort seither hauptamtlicher Dozent im Fachbereich Polizeivollzugsdienst in verschiedenen Fächern mit dem Schwerpunkt Eingriffsrecht. Viele Jahre war er Vorsitzender des Landesfacharbeitskreises Eingriffsrecht/Staatsrecht, dann des Landesfacharbeitskreises Eingriffsrecht. Daneben ist er als Gutachter für die FHöV NRW und die Ruhruniversität Bochum tätig. Er ist seit 1982 verheiratet, hat eine Tochter, einen Sohn und drei Enkelkinder.

Inhaltsverzeichnis mit Gliederung

Vorwort	III
Zu diesem Lehrbuch	III
Zum Verfasser	V
Literaturverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Hauptstudium I

1. Kapitel

Körperliche Untersuchung	1
I. Die körperlich Untersuchung zur Gefahrenabwehr	2
II. Die körperlich Untersuchung zur Strafverfolgung	2
1. Die körperliche Untersuchung des Beschuldigten	3
1.1 Einfache körperliche Untersuchung	4
1.2 Körperliche Eingriffe	6
1.3 Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	9
1.4 Anordnungs-, Verfahrens- und Formvorschriften.....	9
1.5 Hinweis	16
1.6 Beispiele für die Blutprobenentnahme und andere körperliche Eingriffe bei Beschuldigten	17
2. Die körperliche Untersuchung bei anderen Personen.....	17
2.1 Einfache körperliche Untersuchung	18
2.2 Körperliche Eingriffe	22
2.3 Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen.....	24
2.4 Anordnungs-, Verfahrens- und Formvorschriften.....	24
III. Die körperliche Untersuchung bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten.....	25
1. Ermächtigungen	26
2. Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen	28
3. Verfahrens- und Formvorschriften	28

Hauptstudium 1

2. Kapitel

Molekulargenetische Untersuchungen (DNA-Analyse)	29
---	----

Erster Abschnitt

Molekulargenetische Untersuchung zur Gefahrenabwehr

- Molekulargenetische Untersuchungen zur Identitätsfeststellung	30
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	30
2. Anordnungsbefugnis	32
3. Datennutzung	32

Zweiter Abschnitt

Molekulargenetische Untersuchungen in der StPO	30
I.. Molekulargenetische Untersuchungen zur Klärung einer Straftat	32
1. Ermächtigungsgrundlage	32
2. Verfahrensvorschriften	36
3. Nutzung der Daten.....	37
II. Molekulargenetische Untersuchungen zu erkennungsdienstlichen Zwecken	37
1. Ermächtigungsgrundlage	38
2. Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen.....	41
3. Verfahrens- und Formvorschriften	41

4.	Nutzung der Daten	41
III.	Reihengentest (Massenscreening)	42
1.	Ermächtigungsgrundlage	42
2.	Verfahrens- und Formvorschriften	45
3.	Nutzung der Ergebnisse	45

Hauptstudium 1

3. Kapitel

Erkennungsdienstliche Maßnahmen		46
I.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr	48
1.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Identitätsfeststellung	48
2.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zum Zwecke des Erkennungsdienstes und zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten	50
3.	Hinweise	57
II.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Strafverfolgung	58
1.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Identitätsfeststellung	58
2.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Klärung einer Straftat	58
III.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	64

Hauptstudium 1

4. Kapitel

Wohnungsverweisung/Rückkehrverbot		65
1.	Ermächtigungsgrundlage	67
2.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	73
3.	Verfahrens- und Formvorschriften	77
4.	Durchsetzung der polizeilichen Maßnahmen	80
5.	Anwendungsbeispiele	80

Hauptstudium 1

5. Kapitel

Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung oder Unbrauchbarmachung nach §§ 74 ff und §§ 73 ff StGB und nach dem OwiG		85
A.	Einziehung im Rahmen der Strafverfolgung	86
I.	Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten	90
1.	Ermächtigung	90
2.	Verfahrens- und Formvorschriften	110
II.	Einziehung von Taterträgen	115
1.	Ermächtigung	115
2.	Verfahrens- und Formvorschriften	127
3.	Reform der Opferentschädigung	127
B.	Einziehung im Rahmen der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	137
1.	Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten	137
2.	Einziehung von Taterträgen	141

Hauptstudium 1**6. Kapitel**

Grundsätze des Zwanges	143
-------------------------------------	-----

Erster Abschnitt

Notwendigkeit und Bedeutung des Zwanges/Zwangsverfahren	143
--	-----

I. Wesen des Zwanges	144
II. Gewaltmonopol des Staates	144
III. Zwang als Beugemittel	145
IV. Andere Formen der Durchsetzung staatlicher Anordnungen	147
V. Grundsätzliches Erfordernis besonderer gesetzlicher Zwangsermächtigungen	148
VI. Androhung des Zwanges.....	149
VII. Handlungsarten im Rahmen der Zwangsanwendung.....	150
VIII. Das Zwangsverfahren	150
1. Im Rahmen der Gefahrenabwehr	150
2. Im Rahmen der Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfolgung.....	152

Zweiter Abschnitt

Zwangsermächtigungen	152
-----------------------------------	-----

I. Zwangsermächtigungen zur Gefahrenabwehr	153
1. Besondere/spezielle Zwangsbefugnisse zur Gefahrenabwehr.....	153
2. Allgemeine Zwangsbefugnisse zur Gefahrenabwehr nach § 50 PolG	155
II. Zwangsbefugnisse zur Strafverfolgung(Owi-Verfolgung).....	164

Dritter Abschnitt

Die Zwangsmittel/Zwangsmittelermächtigungen	165
--	-----

I. Zwangsmittel zur Gefahrenabwehr	165
1. Die Ersatzvornahme	166
2. Das Zwangsgeld.....	173
3. Unmittelbarer Zwang	181
II. Zwangsmittel zur Straf- und Owi-Verfolgung	185

Vierter Abschnitt

Art und Weise des unmittelbaren Zwanges	186
--	-----

I. Begriffsbestimmungen und zugelassene Waffen.....	188
1. Körperliche Gewalt	188
2. Hilfsmittel der körperlichen Gewalt	189
3. Waffen	190
II. Anwendung körperlicher Gewalt, ihrer Hilfsmittel (ohne Fesselung), Schlagstockeinsatz	191
III. Fesselung von Personen.....	195
IV. Schusswaffengebrauch gegen Sachen und Tiere	198
V. Schusswaffengebrauch gegen Personen	201
1. Allgemeine Voraussetzungen.....	201
2. Besondere Voraussetzungen für den Schusswaffengebrauch gegen einzelne Personen.....	204
3. Weitere Rechtmäßigkeitsanforderungen	212
VI. Schusswaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge	217
VII. Besondere Waffen, Sprengmittel.....	219

Fünfter Abschnitt

Sondervorschriften	220
---------------------------------	-----

I. Handeln auf Anordnung	220
II. Hilfeleistungspflicht	222

Hauptstudium 2**1. Kapitel****Grundzüge des Versammlungsrechts**224**Erster Abschnitt****Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG**224

1.	Ausgangspunkt	225
2.	Versammlungsbegriff	225
3.	Demonstration	227
4.	Garantien des Art, 8 I GG	227
5.	Gestaltungsfreiheit	228
6.	Grundrechtsträger und Teilrechte	230
7.	Schutzwirkung des Art. 8 I GG vor und nach der Versammlung	230
8.	„Informationseingriffe“ und Art. 8 I GG	231
9.	Schranken der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit	234

Zweiter Abschnitt**Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit nach dem VersG**235

Abschnitt I - Allgemeines.....236

§ 1 VersG.....236

1.	Allgemeines	236
2.	Der Versammlungsbegriff des VersG	237
3.	Teilrechte des VersG	238

§ 2 VersG.....239

1.	Pflicht zur Namensangabe	240
2.	Störungsverbot	240
3.	Waffenverbot	241

§ 3 VersG.....242

1.	Das Verbot	242
2.	Uniform, Uniformteile, gleichartige Bekleidungsstücke	243
3.	Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung	243
4.	Öffentlich oder in einer Versammlung	244

Abschnitt II - Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen.....244

§ 5 VersG.....245

I.	Allgemeines	245
II.	Das Verbot	246
III.	Minusmaßnahmen zum Verbot	251
IV.	Ermessen	251
V.	Zuständige Behörde	252

§ 6 VersG.....252

§ 7 VersG.....253

§ 8 VersG.....255

§ 9 VersG.....256

§ 10 VersG258

§ 11 VersG259

§ 12 VersG260

§ 12 a VersG263

I.	Allgemeines	263
II.	Erhebung personenbezogener Daten	264
III.	Speicherung der personenbezogenen Daten	266
IV.	Verwendung personenbezogener Daten	266
V.	Vernichtung personenbezogener Daten	266
VI.	Übermittlung personenbezogener Daten	266

§ 13 VersG	267
I. Allgemeines	267
II. Auflösung	267
III. Minusmaßnahmen zur Auflösung	272
IV. Pflicht zum Entfernen	272
Abchnitt III - Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge	273
1. Allgemeines	273
2. Unter freiem Himmel	273
§ 14 VersG	274
1. Allgemeines	274
2. Normzweck	274
3. Anmeldepflicht	276
4. Spontanversammlungen	277
5. Kooperationsgebot	278
§ 15 VersG	279
I. Allgemeines	280
II. Verbot	281
III. Beschränkende Verfügung als Minusmaßnahme zum allgemeinen Verbot	286
IV. Spezielles Verbot	289
V. Auflösung	290
VI. Beschränkende Verfügungen als Minuszeichen zur Auflösung	294
VII. Ermessen und Abwägungsaspekte	295
VIII. Blockade von Demonstrationen	295
§ 16 VersG	296
§ 17 VersG	297
§ 17 a VersG	298
1. Allgemeines	298
2. Passivbewaffnung	300
3. Vermummung	301
4. Ausnahmen	302
5. Befugnisse	302
§ 18 VersG	303
I. Entsprechend anzuwendende Vorschriften	303
II. Erlaubnispflicht für Ordner	305
II. Ausschluss von Teilnehmern	305
§ 19 VersG	306
1. Allgemeines	307
2. Pflichten des Leiters	307
3. Rechte des Leiters	308
§ 19 a VersG	309
§ 20 VersG	310
Abchnitt IV - Straf- und Bußgeldvorschriften	310
§ 21 VersG	310
1. Täter	310
2. Absicht	311
§ 22 VersG	312
§ 23 VersG	313
§ 24 VersG	315
§ 25 VersG	315
§ 26 VersG	316
I. Die Straftat in Nr. 1	317
II. Die Straftat in Nr. 2	317

§ 27 VersG	318
I. Straftat nach § 17 a I VersG	318
II. Straftat nach § 17 a II VersG	319
§ 28 VersG	320
§ 29 VersG	321
§ 29 a VersG	323
§ 30 VersG	324
§§ 31 – 33 VersG	324
Dritter Abschnitt	
Aufgabenzuweisungen und sachliche Zuständigkeiten im Versammlungsrecht	325
Hauptstudium 2	
2. Kapitel	
Grundzüge des Waffenrechts	328
Erster Abschnitt	
Anwendungsbereich des WaffG	329
1. Sachlicher Anwendungsbereich	329
2. Örtlicher Geltungsbereich	329
Zweiter Abschnitt	
Grundbegriffe des Waffenrechts	329
1. Erwerb	330
2. Besitz	330
3. Überlassen	330
4. Führen	330
5. Führverbot bei öffentlichen Veranstaltungen	332
6. Führverbot von Anscheinswaffen, Hieb- und Stichwaffen, bestimmten Messern	333
7. Verbringen	336
8. Schießen	336
9. Mitführen und Aushändigen von Papieren	338
10. Aufbewahrung	338
11. Sicherstellung/Beschlagnahme/Einziehung	340
Dritter Abschnitt	
Waffenrechtliche Einordnung von Schusswaffen	341
1. Erlaubnisfreie Schusswaffen	341
2. Teilweise erlaubnisfreie Schusswaffen i.S. des § 1 II Nr. 1 WaffG	349
3. Teilweise erlaubnisfreie Schusswaffen	356
Vierter Abschnitt	
Waffenrechtliche Einordnung von Gegenständen	365
1. Verbotene Waffen	365
2. Teilweise verbotene Waffen	378
3. Hieb- und Stoßwaffen	383
Fünfter Abschnitt	
Waffenrechtliche Einordnung von Munition und Pyrotechnik	392
1. Verbotene Munition	392
2. Erlaubnispflichtige Munition/Treibladungspulver	394
3. Erlaubnisfreie Munition	395
4. Pyrotechnische Gegenstände	397

Sechster Abschnitt

Zuständigkeit im Waffenrecht	400
---	-----

Hauptstudium 2**3. Kapitel**

Immissionen, Ruhe- und Ordnungsstörungen (exemplarisch), sachliche Zuständigkeiten der Polizei als Verwaltungsbehörde	403
--	-----

1. Die Polizei als Verwaltungsbehörde	404
2. Die Polizei als Ermittlungsbehörde	425

Hauptstudium 2**4. Kapitel**

Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse im Aufenthaltsrecht (Überblick)	433
---	-----

I. Überblick über das Ausländerrecht	433
1. Aufenthaltsgesetz	434
2. Freizügigkeitsgesetz/EU	438
3. Asylgesetz	442
II. Aufgaben und Befugnisse	455
1. Allgemeine Zuständigkeitsregelungen für das Ausländerwesen	455
2. Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	463
3. Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse	465

Hauptstudium 2**5. Kapitel**

Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse im Gewerberecht (Überblick)	486
---	-----

I. Überblick über das Gewerberecht	486
1. Gewerbeordnung (GewO)	487
2. Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung – HwO)	488
3. Gaststättenrecht	490
4. Ladenschlussgesetz	495
5. Personenbeförderungsgesetz	498
II. Aufgaben und Befugnisse	502
1. Allgemeine Zuständigkeitsregelungen	502
2. Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse	506

Hauptstudium 2**6. Kapitel**

Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse im Jugendschutzrecht (Überblick)	515
--	-----

I. Überblick über das Jugendschutzrecht	515
1. Jugendschutzgesetz (JuSchG)	515
2. Jugendschutz-Staatsvertrag (JMStV) der Länder	518
II. Aufgaben und Befugnisse	521
1. Allgemeine Zuständigkeitsregelungen	521
2. Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse	521

Hauptstudium 2**7. Kapitel****Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen 529**

I.	Rechtsgrundlagen im Überblick.....	529
1.	Eingriffsermächtigung	529
II.	Anwendung der Rechtsgrundlagen	532
1.	Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen	532
2.	Verfahrens- und Formvorschriften	542
3.	Rückgabe des Führerscheins	543

Hauptstudium 3**1. Kapitel****Die Datenverarbeitung - Übersicht ohne wesentliche Datenerhebungsvorschriften 544****Erster Abschnitt****Rechtliche Ausgangslage/Gesetz- und Rechtsbeziehungen 544**

I.	Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	544
1.	Die Rechte auf Menschenwürde und Freiheit als Anspruchsgrundlage	544
2.	Das informationelle Selbstbestimmungsrecht	546
3.	Das Recht auf Auskunft	547
4.	Grenzen der Rechte	548
II.	Gesetzliche Ermächtigungen zur Datenverarbeitung.....	548
1.	Bereichsspezifische Regelungen der Datenverarbeitung	549
2.	Einzelgesetzliche Datenverarbeitungsvorschriften	550
3.	Das Datenschutzgesetz	550

Zweiter Abschnitt**Verwendung personenbezogener Daten im Rahmen der Gefahrenabwehr 550**

I.	Datenerhebung.....	551
II.	Datenspeicherung, Datenänderung, Datennutzung	551
1.	Spezielle Regeln zur Datenspeicherung,- veränderung, -nutzung.....	552
2.	Allgemeine Regeln über die Dauer der Datenspeicherung	552
3.	Zweckbindung und Zweckdurchbrechung, insbesondere Nutzung polizeirechtlicher Daten zur Strafverfolgung.....	554
4.	Allgemeine Regelung der Datenspeicherung, Veränderung, Nutzung	558
4.1	Generelle Ermächtigung.....	558
4.2	Verwendung strafprozessualer Daten zur Gefahrenabwehr	559
4.3	Verwendung von Daten anderer öffentlicher Stellen.....	563
4.4	Verwendung von Daten aus der Owi-Verfolgung zur Gefahrenabwehr	564
4.5	Weitere Möglichkeiten der Speicherung, Änderung und Nutzung von Daten	565
5.	Datenabgleich/Fahndung	566
III.	Datenübermittlung	571
1.	Spezielle Ermächtigungen der Datenübermittlung.....	571
2.	Allgemeine Regeln der Datenübermittlung, § 26 PolG.....	572
3.	Datenübermittlung zwischen Polizeibehörden, § 27 PolG	575
4.	Datenübermittlung an andere öffentliche Stellen (der Gefahrenabwehr), § 28 PolG.....	577
5.	Datenübermittlung an private Stellen und an Privatpersonen, § 29 PolG.....	580
IV.	Fahndungsermächtigungen als Grundlagen zur Datenverarbeitung.....	586
V.	Berichtigung, Löschung, Sperrung von Daten; Sicherung des Datenschutzes	586

Dritter Abschnitt

Verwendung personenbezogener Daten im Rahmen der Strafverfolgung	586
I. Befugnisse zur Datenerhebung	587
II. Abgeleitete Befugnisse zur Verwendung (Nutzung/Übermittlung) personensbezogener Daten	588
III. Datennutzung, § 483 StPO	589
1. Generalklausel der Nutzung von strafprozessualen Daten	589
2. Einschränkende bzw. spezielle Regeln der Datennutzung	590
3. Nutzung polizeirechtlicher Daten zur Strafverfolgung	592
4. Datenabgleich zur Klärung einer Straftat	594
IV. Datenspeicherung	596
V. Besondere Vorschriften für die Datenübermittlung	597
1. Allgemeine Regeln zur Datenübermittlung	597
2. Austausch von Erkenntnissen unter Strafverfolgungsbehörden der EU	598
VI. Fahndung	598
1. Ausschreibung zur Festnahme	599
2. Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung	604
2.1 Behördeninterne Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung	605
2.2 Öffentlichkeitsfahndung zur Aufenthaltsermittlung	606
2.3 Anordnung der Öffentlichkeitsfahndung zur Aufenthaltsermittlung	607
3. Aufklärungsfahndung	607
VII. Dateiregelungen	610
1. Generalklausel	610
2. Repressive Vorsorgedateien	610
3. Datei zur Vorgangsverwaltung	612
4. Erweiterung der Nutzungsbefugnis	612
VIII. Akteneinsicht, Auskünfte aus Akten und Dateien	612
IX. Vernichtung, Sperrung, Löschung von Daten	613

Vierter Abschnitt

Verwendung personenbezogener Daten bei der Owi-Verfolgung	613
--	-----

Hauptstudium 3**2. Kapitel**

Regelungen in der internationalen/grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Überblick)	618
---	-----

Erster Abschnitt

Sonderregelungen über örtliche Zuständigkeiten nach dem POG NRW	618
--	-----

Zweiter Abschnitt

Das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)	619
--	-----

Dritter Abschnitt

Regelungen über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	641
--	-----

Vierter Abschnitt

Staatsvertragsrechtliche Vereinbarungen	661
--	-----

Stichwortverzeichnis	701
-----------------------------------	-----